

## **„Unternehmen Barbarossa“. Der Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941**

*Dr. Reiner Zilkenat, Hoppegarten*

In der Morgendämmerung um 3:30 Uhr begann am 22. Juni 1941 die in der Geschichte größte Heeresmacht ihren Angriff auf die Sowjetunion. Mehr als 4,6 Millionen Soldaten dreier Heeresgruppen der faschistischen deutschen Wehrmacht, viele von ihnen kampferprobt und siegesgewohnt, überschritten die Grenze zur UdSSR. Sie verfügten über 4.300 Panzer, mehr als 40.000 Geschütze und Granatwerfer sowie über 4.000 Kampfflugzeuge. Der Aufmarsch der faschistischen Armee war getarnt durchgeführt worden. Dennoch blieb der sowjetischen Aufklärung die auf einen Angriff in Richtung Osten ausgerichtete Dislozierung der Naziwehrmacht nicht verborgen. Kundschafter meldeten mit zum Teil präziser Angabe des Angriffsdatums ihre Erkenntnisse nach Moskau. Die sowjetische Führung um Josef W. Stalin handelte jedoch am Vorabend und unmittelbar zu Beginn des Überfalls zu zögerlich. Dadurch wurden der schnelle Vormarsch der deutschen Truppen und vor allem die Zerstörung zahlreicher sowjetischer Kampfflugzeuge auf den grenznah stationierten Militärflugplätzen wesentlich erleichtert. Erst im Dezember 1941 kam der unaufhaltsam erscheinende Vormarsch der Wehrmacht, die bis zu diesem Zeitpunkt allerdings schwerste Verluste erlitten hatte, vor Moskau zum Stehen. Eine Gegenoffensive der Roten Armee begann, die letztlich in der Hauptstadt des Aggressors im Mai 1945 endete.

Bis zum heutigen Tage ist es aus vielen Gründen lohnenswert, sich mit den Ursachen des unprovokierten Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion und mit dem Charakter des Krieges zu befassen, da nicht wenige bürgerliche Autoren hierzu verschleiernde, wichtige Gesichtspunkte vernachlässigende oder sogar die geschichtlichen Abläufe verfälschende Ansichten und Thesen verbreiten. Hierzu gehört die allerdings auch in der bürgerlichen Historiographie mittlerweile als unseriös zurückgewiesene „Präventivkriegs-These“, der zufolge Hitler einem Angriff Stalins nur zuvorgekommen sei.<sup>1</sup>

75 Jahre nach dem Beginn des Überfalls erscheint es vor allem sinnvoll, die Frage zu stellen, welche historischen Kontinuitätslinien zum 22. Juni 1941 führten. Einige Voraussetzungen und Ursachen dieser Aggression lassen sich um Jahrzehnte zurückverfolgen. Nicht zuletzt von ihnen soll in den folgenden Überlegungen die Rede sein.

---

<sup>1</sup> Siehe Bianka Peitrow-Ennker: Deutschland im Juni 1941 – ein Opfer sowjetischer Aggression? Zur Kontroverse über die Präventivkriegsthese, in: Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz. Hrsg. von Wolfgang Michalka, 2. Aufl., München 1990, S.586ff.; Werner G. Fischer: Der Überfall auf die Sowjetunion und der Krieg im Osten 1941-1945 – Anmerkungen zur deutschen Historiographie, in: Vor 70 Jahren: Der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. Wissenschaftliches Kolloquium im Russischen Haus der Kultur und Wissenschaft, Berlin 2011, S.117ff.; Präventivkrieg? Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion. Hrsg. von Bianka Pietrow-Ennker, 3. Aufl., Frankfurt a.M. 2000.

## **Russophobie und Imperialismus**

Beginnen wir mit der in Deutschland grassierenden Russophobie. Sie beinhaltet die Anschauung von der angeblichen Minderwertigkeit und Primitivität des russischen Volkes und weist eine lange Traditionslinie in der deutschen Geschichte auf.<sup>2</sup> Sie existierte parallel zu der bei konservativen Teilen der herrschenden Klassen anzutreffenden Überzeugung, der zufolge das zaristische Russland, von der deutschen Arbeiterbewegung zu Recht als „Hort der Reaktion“ gebrandmarkt, ein natürlicher Bündnispartner derjenigen Kräfte in Politik und Gesellschaft sei, denen es auf die Bewahrung autoritärer und feudaler Strukturen im Innern und in den internationalen Beziehungen ging. Russland – so hieß es – sei der natürliche Bündnispartner des Deutschen Reiches im Kampf gegen die „westlichen Demokratien“ Frankreich und Großbritannien. Im Übrigen verhinderten im Kriegsfall gute Beziehungen mit Russland einen für Deutschland nicht zu gewinnenden Zweifrontenkrieg. Wie auch immer: Der so genannte Draht nach St. Petersburg dürfe nicht abreißen – so lautete auch eine der Grundüberzeugungen Otto von Bismarcks.

Mit der Entstehung des Imperialismus am Ende des 19. Jahrhunderts wurden jedoch die Stimmen unter Politikern, führenden Militärs und Ideologen der Herrschenden immer dominanter, die Russland primär als Konkurrenten auf der internationalen Bühne wahrnahmen, ja einen Krieg gegen das Zarenreich für unvermeidbar hielten. Als Ziele eines solchen Krieges wurden letztlich die Zerschlagung Russlands und seine weitgehende Zurückdrängung aus Europa propagiert. Bereits am 10. Dezember 1887 hatte ein junger Diplomat, kein Anderer als der damals in St. Petersburg als Botschaftsrat amtierende spätere Reichskanzler Bernhard von Bülow, in einem Bericht an das Auswärtige Amt folgende Gedanken formuliert: „Wir müssen eventuell dem Russen so viel Blut abzapfen, dass derselbe sich nicht erleichtert fühlt, sondern 25 Jahre außerstande ist, auf den Beinen zu stehen. Wir müssten die wirtschaftlichen Hilfsquellen Russlands für lange hinaus durch Verwüstung seiner Schwarzsee-Gouvernements, Bombardierung seiner Küstenstädte, mögliche Zerstörung seiner Industrie und seines Handels zuschütten. Wir müssten endlich Russland von jenen beiden Meeren, der Ostsee und dem Schwarzen Meer, abdrängen, auf denen seine Weltstellung beruht.“<sup>3</sup> Zeitgleich wurden derartige Anschauungen in wachsendem Maße von „völkisch“ argumentierenden Ideologen legitimiert und pseudo-wissenschaftlich untermauert. Als eines von vielen Beispielen sei hier der einflussreiche Vorsitzende des reaktionären Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, zitiert, der in seiner 1912 erschienenen

---

<sup>2</sup> Siehe Manfred Weißbecker: Die Kritik an den historischen Wurzeln des Russlandbildes deutscher Faschisten – Ein „Medusenblick“, in: Vor 70 Jahren. Der Überfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion, S.128ff.

<sup>3</sup> Zitiert nach Peter Borowsky: Deutsche Ukraine-Politik 1918 unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftsfragen, Hamburg u. Lübeck 1970, S.30. Adressat dieses Berichtes war der Geheimrat Friedrich von Holstein, der Leiter der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt. Er galt als ein unversöhnlicher Gegner Russlands.

Programmschrift „Wenn ich der Kaiser wär“ Folgendes zu Papier brachte: „Der Russe hasst den Deutschen mit dem instinktiven Hasse des in jeder Begabung Unterlegenen gegen den Überlegenen; alles am Deutschen ist ihm zuwider, sein Fleiß, seine Redlichkeit, seine Ordnungsliebe, seine Reinlichkeit. (...) Dem Hasse des Volkes entspricht ein tief eingewurzelt und unbegründetes Misstrauen der Regierenden, und so kommt es, dass wir einen Feind im Osten haben, der genau so unsere Wachsamkeit und Schlagfertigkeit notwendig macht, wie der im Westen.“<sup>4</sup>

Zugleich verstärkte sich die Auffassung von der Unvermeidlichkeit eines Krieges zwischen Deutschland und Russland, bei dem es letztlich darum gehen werde, ob die „germanische“ oder die „slawische Rasse“ überlegen und für die zukünftigen politischen und ökonomischen Verhältnisse in Europa prägend sein werde. Kein Geringerer als der Chef des Großen Generalstabes, Generaloberst Helmuth Graf von Moltke d.J., formulierte diesen Gedanken gegenüber seinem österreichisch-ungarischen Amtskollegen Franz Conrad von Hötzendorf in einem Schreiben vom 10. Februar 1913: Er sei „nach wie vor der Ansicht, dass ein europäischer Krieg...kommen muss, in dem es sich in letzter Linie handeln wird um einen Kampf zwischen Germanentum und Slawentum. Sich hierauf vorzubereiten, ist Pflicht aller Staaten, die Bannerträger germanischer Geisteskultur sind.“<sup>5</sup>

Die hier zitierten Anschauungen und Handlungsvorschläge aus der Zeit um 1900 ließen sich beliebig ergänzen. Entscheidend bleibt eines: Sie reproduzierten sich seit der Entfesselung des Ersten Weltkrieges durch den deutschen Imperialismus in den zahlreichen offiziellen, aber auch von verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen formulierten Kriegszielenkschriften. Vor allem materialisierten sie sich in der Art und Weise der Kriegsführung und der Okkupationspolitik gegenüber Russland. Bereits in seiner berühmten „September-Denkschrift“ von 1914 hatte der Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg das Ziel ausgegeben, „Sicherung des Deutschen Reiches nach West und Ost auf erdenkliche Zeit.“ Russland müsse „von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden“.<sup>6</sup>

Im Verlaufe des Krieges okkupierten das deutsche Heer und die verbündete österreichisch-ungarische Armee große Teile des Zarenreiches, darunter das Baltikum, bedeutende Teile von Polen und Weißrussland und schließlich die Ukraine sowie die

---

<sup>4</sup> Daniel Frymann (das ist Heinrich Claß): Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, 5., erweiterte Aufl., Leipzig 1914, S.169f.

<sup>5</sup> Zitiert nach Dokumente zur deutschen Geschichte 1900-1914. Herausgegeben v. Dieter Fricke, bearbeitet v. Annelies Laschitzka, Berlin 1976, Nr.86, S.100.

<sup>6</sup> Zitiert nach Dokumente zur deutschen Geschichte 1914-1917. Herausgegeben v. Dieter Fricke, bearbeitet v. Willibald Gutsche, Berlin 1976, Nr.18, S.43. Ganz geheime Richtlinien Bethmann Hollwegs v. 9. September 1914 über die Kriegszielpolitik. Einige der Denkschriften sind ebenda abgedruckt: Nr.14, S.37f.; Nr.17, S.41f.; Nr.21, S.47f.; Nr.30, S.60; Nr.35, S.66f.; Nr.38, S.69f.; Nr.44, S.79f.; Nr.69, S.128f.; Nr.77, S.117ff.

Halbinsel Krim.<sup>7</sup> Für unseren Zusammenhang ist es bedeutsam festzuhalten, dass die besetzten Gebiete, vor allem die Ukraine, systematisch ausgebeutet wurden, da die dort vorhandenen Bodenschätze (Mangan, Eisenerz, Öl) sowie die Nahrungsmittel für die Kriegswirtschaft Deutschlands und seines Verbündeten Österreich-Ungarn unverzichtbar geworden waren.<sup>8</sup> Von November 1915 bis zum Juli 1918 existierte unter der Kontrolle des Militäroberbefehlshabers Ost (zunächst Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg und General der Infanterie Erich Ludendorff, später Generalmajor Max Hoffmann) der so genannte Militärstaat Ober-Ost. Dieses „Imperium Germaniae“ (Fritz Fischer) umfasste Lettland, Teile Weißrusslands, Polens und Litauens, insgesamt eine Fläche von ungefähr 100.000 Quadratkilometern mit ca. 3 Millionen Einwohnern. Hier, wie auch in der seit Anfang 1918 von insgesamt 750.000 deutschen und österreichisch-ungarischen Soldaten besetzten Ukraine, wo Generalleutnant Wilhelm Groener das Kommando über die deutschen Truppen führte und der beurlaubte Krupp-Direktor Otto Wiedfeldt die wirtschaftliche Ausplünderung koordinierte, kam es immer wieder zu gewaltsamen Requirierungen der Ernten, zur Verschleppung von Zwangsarbeitern, die in der deutschen Kriegswirtschaft arbeiten mussten, sowie nach der Oktoberrevolution von 1917 zu erbitterten Kämpfen mit den Bolschewiki und ihren Anhängern. Im Raubfrieden von Brest-Litowsk vom 3. März 1918<sup>9</sup> schien das seit einigen Jahrzehnten formulierte Ziel des deutschen Imperialismus verwirklicht worden zu sein: Russland war tatsächlich „nach Osten abgedrängt“ worden. Es hatte ein Viertel seines europäischen Territoriums mit beinahe 75 Prozent seiner Schwerindustrie und seines Bergbaus sowie wichtige landwirtschaftliche Gebiete und Rohstoffvorkommen verloren. Die Ukraine war faktisch ein deutsch-österreichischer Vasallenstaat.

### **Antibolschewismus als Triebkraft**

Seit der Oktoberrevolution von 1917 wurde die „traditionelle“ Russophobie mit dem Hass auf die Bolschewiki angereichert. Damit erhielt sie eine vollkommen neue Qualität. Jetzt ging es neben der angestrebten Gewinnung von „Siedlungsraum“ für deutsche Bauern und Weltkriegsveteranen, neben der Ausbeutung der Bodenschätze und landwirtschaftlichen Ressourcen vor allem darum, den historisch ersten Versuch zu ersticken, eine gegenüber dem Kapitalismus alternative Gesellschaftsordnung zu errichten. Von nun an bildeten die „Russophobie“ und die Vorbereitung einer „sozialen Revanche“ ein Amalgam in der Ideologie und Politik der Herrschenden. Russland wurde jetzt vornehmlich als Träger und international agierendes Zentrum einer feindlichen

---

<sup>7</sup> Siehe Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1967, u.a. S.117ff., 166ff., 230ff., 305ff., 370ff., 415ff., 474ff.

<sup>8</sup> Siehe zum Folgenden Reiner Zilkenat: „Wer Kiew hat, kann Russland zwingen!“ Die Ukraine und die deutschen Kriegsziele im Ersten Weltkrieg, in: [www.kritisches-netzwerk.de/forum/wer-kiew-hat-kann-russland-zwingen](http://www.kritisches-netzwerk.de/forum/wer-kiew-hat-kann-russland-zwingen).

<sup>9</sup> Siehe Handbuch der Verträge 1871-1964. Verträge und andere Dokumente aus der Geschichte der internationalen Beziehungen. Herausgegeben v. Helmuth Stoecker, Berlin 1968, S.171ff.; Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht, S.415ff.

Ideologie und politischen Bewegung angesehen, die in Deutschland und in den anderen kapitalistischen Ländern revolutionäre Prozesse initiieren bzw. wirkungsvoll unterstützen könnten. Eduard Stadtler, der Vorsitzende der im Dezember 1918 gegründeten „Antibolschewistischen Liga“, der die revolutionären Ereignisse in Russland als Mitarbeiter der Pressestelle an der deutschen Botschaft miterlebt hatte, brachte die Furcht der Herrschenden vor den Bolschewiki präzise auf den Punkt: „Es ist eine Wahnidee zu glauben, dass die Weltrevolution, die als ‚Bolschewismus‘ über Russland hereinbrach, auf Russland lokalisiert werden könne. (...) Ich beschwöre den Geist der Verneinung und Zerstörung, den Geist des Bolschewismus von Russland her über das deutsche Volk und die Entente herauf. Ein Gespenst, ja, aber als ein reales, das ich kennen gelernt habe, als die Kraft, ...welche alle destruktiven Strebungen aus der Tiefe der Menschheit heraufholt, welche die alte Wirtschaftsordnung nicht nur in den Grundfesten anfasst, sondern aus Zerstörungswut umstürzt, welche keine Ordnung mehr kennt, und keine Führung, keine Unterordnung, Überordnung und Einordnung, welche, alles nivellierend und zerstörend, von außen und von innen gegen unser Land heranstürmt.“<sup>10</sup>

Für Deutschland ergab sich jedoch nach dem Ende des verlorenen Krieges eine komplizierte Situation. Zwar kämpften 1919 so genannte Freikorps, bestehend aus ehemaligen Soldaten der kaiserlichen Armee sowie aus Freiwilligen, im Osten und im Inland gegen die „bolschewistische Gefahr“. Andererseits war Deutschland im Ergebnis des am 28. Juni 1919 geschlossenen Friedensvertrages von Versailles<sup>11</sup> auf der internationalen Bühne in ähnlicher Weise isoliert wie Sowjetrußland. Die Reduzierung der Streitkräfte auf 100.000 Mann, die über keinerlei schwere Waffen verfügen durften, ließen jeden Gedanken an einen neuen „Griff nach der Weltmacht“ von vornherein als Illusion erscheinen. Und doch lagen die Dinge anders.

### **„...restlos Machtpolitik treiben“**

Die in Deutschland herrschenden Eliten in Wirtschaft, Militär und Politik verarbeiteten die Niederlage im Ersten Weltkrieg überwiegend nicht als Resultat der eigenen Hybris. Der Griff zur Weltmacht war ohne eine realistische Analyse der ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnisse zwischen der Entente und den Mittelmächten unternommen worden. Doch ein öffentliches Eingeständnis dieses während des Krieges offen zu Tage getretenen Sachverhaltes wurde vehement abgelehnt. Stattdessen wurde die Legende vom „Dolchstoß in den Rücken des deutschen Heeres“ massenhaft in Wort und Schrift verbreitet, den die „vaterlandslose“ Arbeiterbewegung, vor allem die

---

<sup>10</sup> Eduard Stadtler: Weltkrieg-Welttrödie-Weltbolschewismus. Vortrag, gehalten am 14. Februar 1919 in Berlin, in: derselbe: Die Weltkriegsrevolution. Vorträge, Leipzig 1920, S.124 u. 132f. Zur überaus interessanten Biographie Stadtlers u. zu seiner politischen Tätigkeit siehe Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus. Konservative Theoretiker des deutschen Faschismus. Jungkonservative Ideologen in der Weimarer Republik als geistige Wegbereiter der faschistischen Diktatur, Berlin 1982, bes. S.42ff.

<sup>11</sup> Siehe Handbuch der Verträge 1871-1964, S.182ff.; Gerhard Schulz: Revolutionen und Friedensschlüsse 1917-1920, München 1967, S.186ff.

Spartakisten und die Unabhängigen Sozialdemokraten, vollzogen hätten.<sup>12</sup> Immer lauter artikulierten sich antisemitische Hetzereien. Den Juden wurde pauschal „Drückebergerei“ und unverhältnismäßige „Bereicherung“ als Kriegslieferanten ebenso vorgeworfen wie ihre angeblich führende Rolle innerhalb der revolutionären Arbeiterbewegung. Statt nach den tatsächlichen Ursachen der Niederlage zu forschen, wurden gegen Deutschland gerichtete Verschwörungen von innen und außen die Verantwortung für den November 1918 zugeschoben. Vor allem General Erich Ludendorff trat mit seinen in großen Auflagen vertriebenen Schriften gegen Juden, Jesuiten, Freimaurer und andere „Dunkelmänner“ hervor.

Eine besondere Rolle bei der Aufarbeitung der Niederlage spielte die Führung der Reichswehr. Hier wurden Gedanken geäußert und Pläne entworfen, als habe es im Oktober/November 1918 weder eine Kriegsniederlage noch eine Revolution in Deutschland gegeben. Der inzwischen zum Ersten Generalquartiermeister des Heeres avancierte Generalleutnant Wilhelm Groener entwickelte im Mai 1919 in einem Vortrag vor der Obersten Heeresleitung in Kassel hierzu Überlegungen, die auf eine erfolgsversprechendere Vorbereitung eines neuen Aggressionskrieges abzielten: „Wenn man um die Weltherrschaft kämpfen will, muss man dies von langer Hand her vorausschauend mit rücksichtsloser Konsequenz vorbereiten. Man darf nicht hin- und herschaukeln und Friedenspolitik treiben, sondern man muss restlos Machtpolitik treiben“.<sup>13</sup>

Derartige Überlegungen blieben nicht folgenlos. Ungeachtet der Bestimmungen des Versailler Vertrages wurden 1925 von der Reichswehrführung und dem Reichsverband der Deutschen Industrie insgeheim Planungen für eine Wiederaufrüstung vorangetrieben.<sup>14</sup> Zu diesem Zweck wurde die „Statistische Gesellschaft“ (Stega) gegründet, die geheime Rüstungen nicht nur vorbereitete, sondern auch bereits zu realisieren begann. Mehr noch: Bereits im Februar 1924 erarbeitete das Truppenamt im Reichswehrministerium, bei dem es sich um die Tarnbezeichnung des von den Alliierten verbotenen Generalstabes handelte, einen „Großen Plan“, dessen Realisierung ab 1931 zu einem 2,8 Millionen Mann starken Heer mit 102 Divisionen führen sollte. Ironie der

---

<sup>12</sup> In einer Broschüre äußerte sich ein kaiserlicher General hierzu folgendermaßen: „Der Dolchstoß wurde gerade im gefährlichsten Augenblick gegen das Heer und damit gleichzeitig gegen das Volk geführt, durch ihn wurde den Ententemächten die Möglichkeit gegeben, ihre Waffenstillstandsbedingungen, da es einen beachtenswerten Gegner nicht mehr gab, ins Ungemessene zu steigern und sie im Friedensdiktat nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern zu verschärfen. (...)“ General Hans v. Zewel: Der Dolchstoß in den Rücken des siegreichen Heeres, Berlin 1921, S.26f.

<sup>13</sup> Zitiert nach Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis 1945. Herausgegeben u. eingeleitet von Wolfgang Schumann u. Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche u. Wolfgang Ruge, Berlin 1975, Dok.62, S.165.

<sup>14</sup> Karl Nuß: Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik. Zur politischen Rolle und Entwicklung der Reichswehr, Berlin 1977, S.163ff. u. 198ff.; Militärgeschichtliches Forschungsamt, Hrsg.: Deutsche Militärgeschichte 1648-1939, Bd.6: Reichswehr und Republik (1918-1933), Herrsching 1983, S.228ff., bes. 232f. Die führende Rolle innerhalb der Stega spielte der Berliner Großindustrielle und Vorsitzende der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Ernst von Borsig.

Geschichte: Mit genau dieser Mannschaftsstärke und der genannten Zahl von Divisionen entfesselte das faschistische Deutschland im September 1939 den Zweiten Weltkrieg.<sup>15</sup> Alle vom Truppenamt in den zwanziger Jahren formulierten Mobilmachungs-, Aufrüstungs- und Kriegspläne gingen davon aus, dass Deutschland in absehbarer Zeit einen erneuten Krieg in Europa führen müsste. Der politischen Führung wurde dabei die Aufgabe zugewiesen, in möglichst schneller Frist die diplomatischen Voraussetzungen für eine militärische „Gleichberechtigung“ Deutschlands zu schaffen. In einer Denkschrift der „Abrüstungsabteilung“ des Truppenamtes vom 6. März 1926 hieß es hierzu unverblümt: „Es ist überflüssig, gerade angesichts der Nachkriegspolitik zu begründen, wie nötig die deutsche Politik eines Rückhaltes durch militärische Machtmittel bedarf. Ebenso klar ist es, dass es sich zunächst (!-R.Z.) dabei nur um die Wiederherstellung eines gesunden Zahlenverhältnisses zu dem Rüstungsstande vor allem unserer Nachbarn und nicht um eine deutsche Aufrüstung schlechthin zu handeln braucht.“<sup>16</sup>

### **Das Intermezzo Rapallo**

Und Sowjetrußland? Spielte es eine Rolle bei diesen Planungen? Wurde bereits in den zwanziger Jahren ein Krieg gegen den ersten sozialistischen Staat ins Kalkül gezogen? Die konkrete politische, ökonomische und militärische Situation, in der sich die Weimarer Republik befand, erforderte eine nüchterne Analyse der Beziehungen zu Sowjetrußland. Dabei spielten folgende Faktoren eine entscheidende Rolle. Beide Staaten waren in der internationalen Arena weitgehend isoliert und gehörten nicht dem Völkerbund an, der Deutschland erst im September 1926 aufnahm. Sie verfügten über komplementäre Güter für den Warenaustausch: Deutschland über hochwertige Produkte der Metall-, Elektro- und der chemischen Industrie, Sowjetrußland über Rohstoffe jeglicher Art, darunter Erdöl. Zugleich hatte Lenin erste Gedanken einer Doktrin der „friedlichen Koexistenz“ von Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung formuliert, die auf gegenseitigen Vorteil und die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des jeweils anderen Landes ausgerichtet waren. Der am 16. April 1922 zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland abgeschlossene Vertrag von Rapallo war ein Resultat dieser Konzeption. Beide Länder nahmen wieder diplomatische Beziehungen auf, verzichteten auf „den Ersatz ihrer Kriegskosten sowie auf den Ersatz der Kriegsschäden... (...) Desgleichen verzichteten beide Teile auf den Ersatz der Zivilschäden, die den Angehörigen des einen Teiles durch die sog. Kriegsausnahmegesetze oder durch Gewaltmaßnahmen staatlicher Organe des

---

<sup>15</sup> Siehe Karl Nuß: Militär und Wiederaufrüstung in der Weimarer Republik, S.182ff.; Carl Dirks u. Karl-Heinz Janssen: Der Krieg der Generäle. Hitler als Werkzeug der Wehrmacht, Berlin 1999.

<sup>16</sup> Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918-1945. Serie B: 1925-1933, Bd. I/1: Dezember 1925 bis Juli 1926, Göttingen 1966, Nr.144, S.342f.: Die Abrüstungsfrage nach realpolitischen Gesichtspunkten betrachtet (Geheime Kommandosache).

anderen Teils verursacht worden sind.“<sup>17</sup> Der Vertrag von Rapallo erfuhr vier Jahre später im Berliner Vertrag vom 24. April 1926 seine Bekräftigung. Hier verpflichteten sich beide Seiten neutral zu bleiben, falls einer der beiden Staaten in einen Krieg verwickelt werden würde. Außerdem erklärten Russland und Deutschland, dass sie an keinen wirtschaftlichen und finanziellen Boykottmaßnahmen, die sich gegen den Vertragspartner richten, teilnehmen würden. Im Übrigen wolle man in „freundschaftlicher Fühlung untereinander bleiben.“<sup>18</sup> Im Jahr zuvor, am 12. Oktober 1925, hatten beide Länder in Moskau einen Handelsvertrag unterschrieben. Im Artikel 1 dieses Vertrages wurde als Zielstellung fixiert, „den Anteil beider Länder an der gegenseitigen Aus- und Einfuhr nach Maßgabe des Fortschritts des wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf das Vorkriegsmaß zu bringen“.<sup>19</sup> Und tatsächlich bildeten die so genannten Russenaufträge, gerade in den Jahren der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise, einen nicht unwesentlichen Bestandteil der deutschen Exporte.

Zeitgleich entwickelte sich in den Jahren der Weimarer Republik die geheime militärische Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten. Die Reichswehr erhielt die Möglichkeit, in Russland mit schweren Waffen und den Giftgaskrieg zu üben, eine Ausbildungsstätte für Piloten zu unterhalten, ja sogar Schul- und Kampfflugzeuge zu produzieren. Die Rote Armee hingegen, die unter der ständigen Drohung eines erneuten Interventionskrieges imperialistischer Mächte stand, profitierte von den Erfahrungen deutscher Offiziere und Militärtechniker.<sup>20</sup> Wollten beide Mächte den Anschluss an die moderne Militärtechnik nicht verpassen, so schienen sie aufeinander angewiesen zu sein. Das war der Sinn ihrer Zusammenarbeit: nicht mehr und nicht weniger.

### **Unter der Drohung des Faschismus**

Der 30. Januar 1933 stellte auch eine Zäsur für die deutsch-sowjetischen Beziehungen dar. Die Politiker und Diplomaten, die den Rapallo-Vertrag und den Berliner Vertrag abgeschlossen hatten, konnten sicherlich nicht zu den Bellizisten unter den Repräsentanten der deutschen Eliten gezählt werden. Reichskanzler Joseph Wirth (März 1921 bis November 1922) und Außenminister Walther Rathenau (Januar bis Juni 1922) waren ehrlich bemüht, mit Sowjetrußland gutnachbarschaftliche Beziehungen herzustellen. Außenminister Gustav Stresemann (August 1923 bis Oktober 1929) war ein Protagonist des außenpolitischen Revisionismus, der vor allem die Wiedergewinnung ehemals deutscher Gebiete in Polen und einen mitteleuropäischen Wirtschaftsverbund

---

<sup>17</sup> Siehe Handbuch der Verträge 1871-1964, S.228. Siehe auch Wolfgang Ruge: Deutschland von 1917 bis 1933, 3.Aufl., Berlin 1978, S.185ff.; Ulrike Hörster-Philippis u.a., Hrsg.: Rapallo – Modell für Europa?, Köln 1987, bes. S.57ff. (ausführlicher Dokumententeil) u. 137ff.

<sup>18</sup> Handbuch der Verträge 1871-1964, S.250.

<sup>19</sup> Zitiert nach Alfred Anderle: Die deutsche Rapallo-Politik. Deutsch-sowjetische Beziehungen 1922-1929, Berlin 1962, S.161.

<sup>20</sup> Siehe zu dieser Thematik Olaf Groehler: Selbstmörderische Allianz. Deutsch-russische Militärbeziehungen 1920-1941, Berlin 1992.



unter deutscher Führung anstrebte. Allerdings bevorzugte er politisch-diplomatische Mittel, um diese Ziele zu realisieren. Ein Krieg mit Russland stand für ihn, der den Berliner Vertrag unterschrieben hatte, nicht zur Diskussion.

Mit der Machtübertragung an die faschistische NSDAP änderte sich die Statik der deutsch-russischen Beziehungen. Zwar ratifizierte die Nazi-Regierung im Mai 1933 die bereits im Juni 1931 vollzogene Verlängerung des Berliner Vertrages, doch es gab in Moskau keinen Zweifel darüber, dass mit dem Machtantritt der Naziregierung zugleich ein neues Kapitel der bilateralen Beziehungen aufgeschlagen worden war.

Adolf Hitler hatte bereits in seiner programmatischen Schrift „Mein Kampf“ unmissverständlich formuliert, welche außenpolitische Strategie eine von ihm geführte Reichsregierung verfolgen werde. Dort hieß es: „Wir setzen dort an, wo man vor sechs Jahrhunderten endete. Wir stoppen den ewigen Germanenzug nach dem Süden und Westen Europas und weisen den Blick nach dem Land im Osten. Wir schließen endlich ab die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit und gehen über zur Bodenpolitik der Zukunft. Wenn wir aber heute in Europa von neuem Grund und Boden reden, können wir in erster Linie nur an Russland und die ihm untertanen Randstaaten denken.“ Und weiter: „Das Riesenreich im Osten ist reif zum Zusammenbruch. Und das Ende der Judenherrschaft in Russland wird auch das Ende Russlands sein.“<sup>21</sup>

Nur wenige Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler durch Reichspräsident Paul von Hindenburg entwickelte Hitler vor einem exklusiven Kreis von Reichswehrgenerälen die Grundlinien der künftigen deutschen Innen- und Außenpolitik: „Aufbau der Wehrmacht wichtigste Voraussetzung für Erreichung des Ziels: Wiedererringung der politischen Macht. Allgemeine Wehrpflicht muss wieder kommen. (...) Wie soll politische Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Export-Möglichkeiten, vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung.“<sup>22</sup>

In den Jahren bis zum Überfall auf die UdSSR im Juni 1941 spielten innerhalb der faschistischen Führung und der Reichswehrgeneralität Überlegungen eines Krieges gegen die Sowjetunion immer wieder eine gewichtige Rolle.<sup>23</sup> Dabei stand besonders die folgend Problematik im Vordergrund: Sollte eine Aggression gegen das erste sozialistische Land allein oder im Bündnis mit anderen Staaten vorbereitet werden? Als möglicher Bündnispartner rückte Polen in den Vordergrund, das seine Absicht, die

---

<sup>21</sup> Zitiert nach Joachim Petzold: Die Demagogie des Hitlerfaschismus, S.187f.

<sup>22</sup> Zitiert nach Dokumente zur deutschen Geschichte 1933-1935. Herausgegeben v. Wolfgang Ruge u. Wolfgang Schumann, bearbeitet v. Kurt Pätzold, Berlin 1977, Nr.4, S.24. Ansprache Hitlers am 3. Februar 1933. Siehe zu dieser Ansprache auch Volker Ullrich: Adolf Hitler. Biographie – Bd.1: Die Jahre des Aufstiegs 1889-1939, 2.Aufl., Frankfurt a.M. 2013, S.461ff.

<sup>23</sup> Siehe zu diesem Themenkomplex die Studie von Rolf-Dieter Müller: Der Feind steht im Osten. Hitlers geheime Pläne für einen Krieg gegen die Sowjetunion im Jahre 1939, Berlin 2011 sowie Carl Dirk . Karl-Heinz Janssen, Der Krieg der Generäle.

Ukraine oder Teile von ihr zu annektieren, nie aufgegeben hatte.<sup>24</sup> Falls aber gemeinsam mit Polen ein Krieg gegen die UdSSR geführt werden sollte – was bedeutete das hinsichtlich der beabsichtigten Zerschlagung des polnischen Staates? In einem Gespräch mit dem polnischen Außenminister Oberst Beck äußerte der Chef des Auswärtigen Amtes, Joachim von Ribbentrop, am 6. Januar 1939, dass Polen und Deutschland „in der ukrainischen Frage in jeder Beziehung zusammenarbeiten. Ich könnte mir vorstellen, dass bei einer allgemeinen großzügigen Regelung aller Probleme zwischen Polen und uns wir durchaus dafür zu haben seien, die ukrainische Frage als ein Privilegium Polens zu betrachten und Polen in jeder Beziehung bei der Behandlung dieser Frage zu unterstützen. Dies wiederum setze allerdings eine immer klarere antirussische Einstellung Polens voraus... (...) Ich fragte Beck, ob sie denn die...Aspirationen nach der Ukraine aufgegeben hätten, worauf er mir lachend antwortete,...dass diese Aspirationen auch heute vorhanden wären.“<sup>25</sup> Ribbentrop verstand unter der „großzügigen Regelung aller Probleme zwischen Polen und uns“ eine Art Tauschgeschäft. Falls Deutschland Polen freie Hand gegenüber der Ukraine ließe, so müsste es als Kompensation zumindest die Wiedereingliederung der unter Völkerbundsmandat stehenden Freien Stadt Danzig erhalten. Hierzu war Polen jedoch nicht bereit. Somit kristallisierte sich im Frühjahr 1939 immer deutlicher als Beginn einer Folge von faschistischen Aggressionen zunächst ein Überfall auf Polen heraus. Der Krieg gegen die Sowjetunion wurde vom Generalstab des Heeres unter Federführung der Generäle Franz Halder und Erich Marcks weiter vorbereitet, er sollte jedoch nicht den Auftakt des von Nazideutschland ausgelösten Weltkrieges bilden.<sup>26</sup>

Für die Sowjetunion ging es jetzt darum zu versuchen, den Zeitpunkt einer militärischen Auseinandersetzung mit dem faschistischen deutschen Staat möglichst weit hinauszuschieben. Ihre politische Führung gab sich keinerlei Illusionen über das strategische Ziel der Naziführung hin, die UdSSR von der Landkarte zu tilgen. Ebenso wenig hegte sie Erwartungen, dass Großbritannien und Frankreich gemeinsam mit der Sowjetunion eine Militärallianz gegen die faschistische Kriegsgefahr vereinbaren würden. Entsprechende Verhandlungen im August 1939 in Moskau, bei denen die nicht bevollmächtigten Repräsentanten der beiden Westmächte eine klägliche Figur abgaben, waren zum Scheitern verurteilt.<sup>27</sup> Nicht zuletzt angesichts der japanisch-mandschurischen Aggression im Fernen Osten, die wiederholt größere Gefechte mit der Roten Armee nach sich zog, war eine Atempause für die UdSSR vonnöten. Nach dem Scheitern der sowjetisch-französisch-britischen Verhandlungen zur Schaffung einer

---

<sup>24</sup> Siehe Rolf-Dieter Müller: Der Feind steht im Osten, S.105ff.

<sup>25</sup> Zitiert nach ebenda, S.110f.

<sup>26</sup> Siehe ebenda, S.123ff.

<sup>27</sup> Siehe Reiner Zilkenat: „...go very slowly with the conversations...“ Bemerkungen zur britischen Außenpolitik im Kontext der Vorgeschichte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrages vom 23. August 1939, in: Geschichtskorrespondenz, Oktober 2014, S.47ff.; auch in: [https://www.die-lonke.de/fileadmin/download/geschichtskorrespondenz/2014/geschichtskorrespondenz\\_oktober2014.pdf](https://www.die-lonke.de/fileadmin/download/geschichtskorrespondenz/2014/geschichtskorrespondenz_oktober2014.pdf).

Militärallianz gegen die faschistische Kriegsgefahr, war der am 23. August in Moskau abgeschlossene Nichtangriffsvertrag mit Hitlerdeutschland ein letzter Ausweg, um dieses Ziel zu erreichen.<sup>28</sup> Welche Vorteile ergaben sich hierdurch für die UdSSR? Zunächst war es die Möglichkeit, die Rote Armee zu verstärken, ihre Ausrüstung zu modernisieren und die jungen Offizierskader auszubilden, die an Stelle erfahrener Truppenführer, die aufgrund ungerechtfertigter Beschuldigungen in großer Zahl entlassen und teilweise inhaftiert worden waren, in hohe Kommandofunktionen berufen wurden. Es kam hinzu, dass aufgrund des Einrückens sowjetischer Truppen in die ehemaligen zu Russland gehörenden Gebiete Polens (Rayons der Westukraine und Weißrusslands), die strategische Ausgangspositionen im Falle des erwarteten Überfalls der Wehrmacht verbessert worden waren.<sup>29</sup> Die Folgen dieser Handlungen der UdSSR beschreibt Rolf-Dieter Müller mit folgenden Worten: Es sei „die These begründet, dass der Hitler-Stalin-Pakt der Roten Armee ein wichtiges Vorfeld verschaffte, aus dem sie größere strategische Vorteile ziehen konnte als die Wehrmacht.“ Und weiter: „Leningrad, Moskau und der Kaukasus als deutsche Fernziele rückten entsprechend weiter nach Osten. Die Rückeroberung des 1939/40 von Stalin besetzten Terrains durch die Deutschen im Juni/Juli 1941 kostete viel Mühe und Zeit, was vielleicht sogar über den Ausgang des ‚Unternehmens Barbarossa‘ entschied. Die Eroberung des Baltikums verlangte der Wehrmacht 1941 wochenlange schwere Kämpfe ab, und am Ende reichte die Kraft der Heeresgruppe Nord nicht dazu aus, Leningrad einzunehmen. (...) Die Rote Armee errang also im September 1939 ihren ersten Sieg im Zweiten Weltkrieg mit nur 700 Gefallenen, und sie besetzte einen Raum, dessen Eroberung die Wehrmacht 1941 rund 200.000 Tote kostete.“<sup>30</sup>

Die sowjetische Führung bemühte sich, die im Vertrag vom 23. August 1939 erreichte Atempause auf einen möglichst langen Zeitraum auszudehnen und der deutschen Führung keine Anlässe zu bieten, eines vertragswidrigen Verhaltens beschuldigt zu werden. Das betraf auch die pünktliche und vollständige Lieferung verschiedener Güter, die entsprechend bestehender Handelsvereinbarungen nach Deutschland exportiert wurden.<sup>31</sup>

## **Der Überfall und die verbrecherischen Befehle**

---

<sup>28</sup> Zur Vorgeschichte und zur Bedeutung des Vertrages siehe Gerhart Hass: 23. August 1939. Der Hitler-Stalin-Pakt – Dokumentation, Berlin 1990 u. Sowjetstern und Hakenkreuz 1938 bis 1941. Dokumente zu den deutsch-sowjetischen Beziehungen. Hrsg. u. eingeleitet von Kurt Pätzold u. Günter Rosenfeld, Berlin 1990.

<sup>29</sup> Diese Gebiete waren im Diktatfrieden von Riga am 18. März 1921 Polen zugesprochen worden. Siehe Handbuch der Verträge 1871-1964, S.217.

<sup>30</sup> Siehe Rolf-Dieter Müller: Der Feind steht im Osten, S.163f.

<sup>31</sup> Siehe Heinrich Schwendemann: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion von 1939 bis 1941. Alternative zu Hitlers Ostprogramm? Berlin 1993. Hingewiesen sei vor allem auf die Tabellen im Anhang (S.365ff.), die genauen Aufschluss über das Ausmaß und die Strukturen des Handelsverkehrs zwischen beiden Ländern gestatten.

Die unmittelbare Vorgeschichte der Aggression gegen die Sowjetunion ist von zahlreichen Autoren, nicht zuletzt von Historikern aus der DDR, detailliert untersucht worden.<sup>32</sup> Rekapitulieren wir einige der wichtigsten Stationen auf dem Weg zum 22. Juni 1941. Am 18. Dezember 1940 erging die von Hitler unterzeichnete Weisung Nr. 21 des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), betreffend „Fall Barbarossa“. Als „Allgemeine Absicht“ dieses Feldzugsplanes gegen die UdSSR wurde formuliert, „dass die im westlichen Russland stehende Masse des russischen Heeres in kühnen Operationen unter weitem Vorantreiben von Panzerkeilen, vernichtet, der Abzug kampfkraftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden“ soll. Und weiter: „In rascher Verfolgung ist dann eine Linie zu erreichen, aus der die russische Luftwaffe reichsdeutsches Gebiet nicht mehr angreifen kann. Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Russland aus der allgemeinen Linie Wolga-Archangelsk. So kann erforderlichenfalls das letzte Russland verbleibende Industriegebiet am Ural durch die Luftwaffe ausgeschaltet werden.“<sup>33</sup> Von nun an liefen die organisatorischen Vorbereitungen für den Angriff auf die Sowjetunion auf Hochtouren. In diesem Zusammenhang arbeitete das OKW eine Reihe von Befehlen aus, die den besonders verbrecherischen Charakter des Krieges den Truppenkommandeuren und Stabsoffizieren von vornherein unmissverständlich vor Augen führen musste. Hier ging es nicht zuletzt um den Erlass des OKW vom 13. Mai 1941, den Hitler unterschrieben und der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, gegengezeichnet hatte. Unter der Überschrift „Behandlung feindlicher Zivilpersonen“ hieß es: „Freischärler sind durch die Truppe im Kampf oder auf der Flucht schonungslos zu erledigen. Auch alle anderen Angriffe feindlicher Zivilpersonen gegen die Wehrmacht, ihre Angehörigen und das Gefolge sind von der Truppe auf der Stelle mit den äußersten Mitteln bis zur Vernichtung des Angreifers niederzukämpfen. Wo Maßnahmen dieser Art versäumt wurden oder zumindest nicht möglich waren, werden tatverdächtige Elemente sogleich einem Offizier vorgeführt. Dieser entscheidet, ob sie zu erschießen sind.“ Die Soldaten der Wehrmacht erhielten hier also einen Blankoscheck, der jegliche Willkür gegen Zivilisten ermöglichte, ja geradezu einforderte. Eine kriegsgerichtliche Sanktionierung solcher Taten war ausdrücklich untersagt: „Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.“<sup>34</sup> Damit wurde das „Operationsgebiet Barbarossa“ zu einem vollkommen rechtsfreien Raum, in dem jeder Soldat der faschistischen Wehrmacht

---

<sup>32</sup> Siehe z.B. Fall Barbarossa. Dokumente zur Vorbereitung der faschistischen Wehrmacht auf die Aggression gegen die Sowjetunion (1940/41). Ausgewählt und eingeleitet v. Erhard Moritz, Berlin 1970; Deutschland im zweiten Weltkrieg. Bd.2: Vom Überfall auf die Sowjetunion bis zur sowjetischen Gegenoffensive bei Stalingrad (Juni 1941 bis November 1942), Berlin 1975; Rolf-Dieter Müller: Der Feind steht im Osten; Kurt Pätzold: Der Überfall: Der 22. Juni 1941. Ursachen, Pläne und Folgen, Berlin 2016.

<sup>33</sup> Fall Barbarossa, Nr.36, S.141.

<sup>34</sup> Ebenda, Nr.97, S.316f.

straflos Kriegsverbrechen beliebiger Art begehen durfte. Als Legitimation für die Propagierung einer derartigen barbarischen Kriegsführung beinhaltete der Erlass folgende Begründung: „Bei der Beurteilung solcher Taten ist in jeder Verfahrenslage zu berücksichtigen, dass der Zusammenbruch im Jahre 1918, die spätere Leidenszeit des deutschen Volkes und der Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den zahllosen Blutopfern der Bewegung entscheidend auf bolschewistischen Einfluss zurückzuführen war und dass kein Deutscher dies vergessen hat.“<sup>35</sup>

Am 6. Juni 1941 folgten die Richtlinien des OKW zur Verfolgung und Ermordung der politischen Funktionsträger in der UdSSR, insbesondere der Politoffiziere in den Reihen der Roten Armee. Die entscheidenden Passagen dieses „Kommissarbefehls“ hatten den folgenden Wortlaut: „In diesem Kampfe ist Schonung und völkerrechtliche Rücksichtnahme diesen Elementen gegenüber falsch. Sie sind eine Gefahr für die eigene Sicherheit und die schnelle Befriedung der eroberten Gebiete. Die Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden sind die politischen Kommissare. Gegen diese muss daher *sofort* und ohne weiteres mit aller Schärfe vorgegangen werden. Sie sind daher, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen.“<sup>36</sup> Ein ernsthafter Widerspruch der Reichswehr-Generalität gegen die verbrecherischen Befehle ist nicht erfolgt. Sie war im Gegenteil ihr williger Vollstrecker. Gleiches galt auch für die menschenverachtende Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen, die massenhaft dem Hungertod preisgegeben wurden. Allein im Herbst und Winter 1941/42 verstarben Hunderttausende von ihnen in primitivsten Gefangenenlagern bzw. eingesperrt unter freiem Himmel oder auf den Transporten.<sup>37</sup> Während des Zweiten Weltkrieges kamen etwa 3,3 Millionen der insgesamt 5,7 Millionen sowjetische Kriegsgefangenen zu Tode. Im Gefolge der drei Heeresgruppen, die den Angriff auf die UdSSR vollzogen, befanden sich vier Einsatzgruppen des Sicherheitsdienstes (SD) der SS. Diese Todesschwadronen ermordeten systematisch Mitglieder der KPdSU und des Komsomol, Juden, Staatsfunktionäre sowie tatsächliche oder vermeintliche Partisanen und ihre Helfer. Die Angehörigen dieser Mordkommandos wateten buchstäblich im Blut.<sup>38</sup> Hans Mommsen schreibt über das Wüten der Einsatzgruppen gegenüber den jüdischen Sowjetbürgern: „In den ersten Monaten war es üblich, die Erschießungen von männlichen Juden unter Hinweis auf Partisanentätigkeit, Plünderungen, Vergeltungsmaßnahmen für angebliche oder tatsächliche sowjetische Gräueltaten, Schwarzhandel oder Verstöße gegen die Besetzung

---

<sup>35</sup> Ebenda, S.317.

<sup>36</sup> Ebenda, Nr.100, S.321. Hervorhebung im Text-R.Z.

<sup>37</sup> Christian Streit: Sowjetische Kriegsgefangene – Massendeportationen – Zwangsarbeiter, in: Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, S.748ff. Siehe auch Hamburger Institut für Sozialforschung, Hrsg.; Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944, Hamburg 2002, S.187ff., bes. 217ff.

<sup>38</sup> Siehe Michael Wildt: Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2003, S.538ff.; Andrej Angrick: Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1940-1943, Hamburg 2003.

zu begründen. Daneben mussten Seuchengefahr und ähnliche Argumente zur Rechtfertigung von Vernichtungsaktionen herhalten. Während sich die Morde anfänglich gegen Angehörige der Intelligenz und gegen Rabbiner richteten, erfassten die Gewaltaktionen seit dem Spätsommer (1941-R.Z.) ganze Dörfer und jüdische Gemeinden und zielten auf die systematische Dezimierung der jüdischen Einwohnerschaft durch Massenaktionen.“ Bald gehörte die „Erschießung von Frauen und Kindern zur alltäglichen Praxis“. Und weiter: „Das gesamte Ausmaß der Liquidationen entzieht sich menschlicher Vorstellungskraft. Die Einsatzgruppe A meldete bis Mitte Oktober 1941 118.000 Opfer, die Einsatzgruppe B 45.467 Erschießungen bis zum 31. Oktober 1941, die Bilanz der Einsatzgruppe C umfasste 80.000 getötete Juden, während die Einsatzgruppe D am 12. Dezember 1941 berichtete, 54.696 Juden liquidiert zu haben. Bis Frühjahr 1942 wurde eine halbe Million Menschen umgebracht.“<sup>39</sup>

### **Der Generalplan Ost**

Der Krieg gegen die Sowjetunion war von der faschistischen Führung von vornherein als Präludium für die vollständige „Neuordnung“ des gesamten osteuropäischen Raumes gedacht. Nach seiner siegreichen Beendigung galt es, besonders die europäischen Gebiete der Sowjetunion unwiderruflich den ökonomischen, militärstrategischen und politischen Weltmachtinteressen des deutschen Imperialismus ein- und unterzuordnen. Dabei wurden alle zivilisatorischen Schranken beiseite geschoben. Hitler selbst formulierte die Zielstellung des Krieges in einer Besprechung im „Führerhauptquartier“ am 16. Juli 1941, an der Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel, Reichsminister Alfred Rosenberg, Reichsmarschall Hermann Göring und Staatssekretär Wilhelm Lammers teilnahmen, mit folgenden Worten: „Grundsätzlich kommt es darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn erstens beherrschen, zweitens verwalten und drittens ausbeuten können. (...) Die Bildung einer militärischen Macht westlich des Ural darf nie wieder in Frage kommen und wenn wir hundert Jahre darüber Krieg führen müssen. (...) Nie darf erlaubt werden, dass ein Anderer Waffen trägt, als der Deutsche! Nur der Deutsche darf Waffen tragen, nicht der Slawe, nicht der Tscheche, nicht der Kosak oder der Ukrainer. (...) Aus den neu gewonnenen Ostgebieten müssen wir einen Garten Eden machen; sie sind für uns lebenswichtig. (...) Das Riesenreich müsse natürlich so rasch wie möglich befriedet werden; dies geschehe am besten dadurch, dass man Jeden, der nur schief schaue, totschieße.“<sup>40</sup>

---

<sup>39</sup> Hans Mommsen: Auschwitz, 17. Juli 1942. Der Weg zur europäischen „Endlösung der Judenfrage“, München 2002, S.123 u. 125.

<sup>40</sup> Trials of the Major War Criminals before the International Military Tribunal (im Folgenden: IMT), Bd. 38, Nürnberg 1949, Dok. 221-L, S.88 u. 92.

Die konzeptionelle Grundlage der „Neuordnungs“-Planungen bildete der „Generalplan Ost.“<sup>41</sup> Dietrich Eichholtz identifiziert vier grundlegende Ziele<sup>42</sup>: 1. die politische und militärische Sicherung des eroberten Raumes auf lange Sicht; 2. die Stabilisierung der Massenbasis des Faschismus durch die groß angelegte Siedlung deutscher Bauern und Handwerker, aber auch Großgrundbesitzer; 3. die Expansion von Großunternehmen, denen die Ausbeutung der reichen Bodenschätze und von Industrieanlagen überlassen werden sollte; 4. die Verfügung über schier unerschöpfliche Nahrungsmittelressourcen. Die Realisierung dieser Zielstellungen sollte letztlich bewirken, dass der deutsche Imperialismus im Falle weiterer Kriege nicht mehr von Importen abhängig sein würde und eine Seeblockade – wie in den Jahren des Ersten Weltkrieges – die Kriegswirtschaft nicht mehr entscheidend beeinträchtigen könnte.

Beim „Generalplan Ost“ handelte es sich nicht um eine zu einem bestimmten Zeitpunkt und von einer speziellen Autorengruppe verfasste Konzeption. Vielmehr existierten mehrere Varianten und zahllose Zuarbeiten, die von unterschiedlichen Autorengruppen zu Papier gebracht worden sind.<sup>43</sup> Im Februar 1940 und am 28. Mai 1942 wurden dem „Reichsführer-SS“ Heinrich Himmler, der zugleich als „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums“ amtierte, die in diesem Zusammenhang wichtigsten Denkschriften: „Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaues“ in einer ersten bzw. erweiterten Ausfertigung übermittelt. Ihr Autor war der Direktor des Instituts für Agrarwesen und Agrarpolitik der Berliner Universität, Prof. Dr. Konrad Meyer-Hetling, zugleich SS-Standartenführer und Leiter des „Stabshauptamtes für Planung und Boden“ in Himmlers „Reichskommissariat für die Festigung des deutschen Volkstums.“ Meyer-Hetling hatte allerdings Expertisen anderer Wissenschaftler in seiner Denkschrift eingearbeitet. Dieser „Generalplan Ost“ enthielt u.a. folgende Handlungsvorschläge: die Vertreibung und Ermordung, auch durch Verhungern, von 30 bis 40 Millionen Menschen; die Ansiedlung von mehr als 15 Millionen „Deutschstämmigen“ in einem riesigen Gebiet von Leningrad bis zur Ukraine, ja bis zum Kaukasus; die verbliebene Bevölkerung, die über ein nur geringfügiges Bildungsniveau verfügen sollte, war lediglich dafür vorgesehen, einfache Arbeiten und Hilfsdienste für die

---

<sup>41</sup> Vor allem marxistische und andere linke Historiker haben die Forschungen zum Generalplan in den letzten 20 Jahren weit vorangetrieben. Siehe Götz Aly u. Susanne Heim; Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 1991 u.ö.; Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Hrsg. von Mechthild Rössler u.a., Berlin 1993; Karl-Heinz Roth: „Generalplan Ost“ – „Gesamtplan Ost“. Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Ergebnisse, in: ebenda, S.25ff.; Dietrich Eichholtz: Der „Generalplan Ost“ als genozidale Variante der imperialistischen Ostexpansion, in: ebenda, S.118ff.; derselbe: Kriegsziele in der UdSSR, in: Babette Quinkert, Hrsg.; „Wir sind die Herren dieses Landes“. Ursachen, Verlauf und Folgen des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, Hamburg 2002, S.19ff.; derselbe: „Generalplan Ost“ zur Versklavung osteuropäischer Völker, in: Utopie kreativ, Heft 176, September 2004, S.800ff.; Adam Tooze: Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München 2007, S.538ff.

<sup>42</sup> Dietrich Eichholtz: „Generalplan Ost“ zur Versklavung osteuropäischer Völker, S.800.

<sup>43</sup> Siehe zu den einzelnen Planungsstadien die in der Anm. 41 genannte Literatur, besonders den Beitrag von Karl-Heinz Roth.

deutschen „Herrenmenschen“ ausführen; die Wehrmacht und die Reichsluftwaffe sollten ihre großen Truppenübungsplätze vor allem im Osten Europas anlegen und hier ihre Manöver durchführen – dadurch wäre die Niederschlagung von Aufständen erleichtert; ein System zentraler Orte, verbunden durch eine moderne Verkehrsinfrastruktur, sollte sich im gesamten „Ostraum“ erstrecken. Festzuhalten bleibt, dass die barbarische Kriegsführung der Wehrmacht, das von ihr praktizierte Verhungern lassen von sowjetischen Kriegsgefangenen und das Wüten der Einsatzgruppen des SD der SS, bereits erste Voraussetzungen schufen, um den „Ostraum“ zu entvölkern. Insofern war die Kriegsführung der Wehrmacht ein konstitutiver Bestandteil des „Generalplans Ost“. An den Planungen zur „Neuordnung Osteuropas“ nahmen zahlreiche Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen teil: Ökonomen, Volkskundler, Historiker, „Ostforscher“, Geographen, Bevölkerungs-, Agrar- und Sprachwissenschaftler, Juristen, Mediziner. Zum Teil ohne amtlichen Auftrag, aber im Rahmen ihrer akademischen Tätigkeit angefertigte Gutachten, Studien und Planungen ergossen sich wie ein Sturzbach über die Entscheidungsträger in den staatlichen Bürokratien, in der NSDAP und in der SS. Neben Heinrich Himmler und der SS war auch der seit dem 17. Juli 1941 amtierende „Minister für die besetzten Ostgebiete“ und Chefideologe der NSDAP, Alfred Rosenberg, am „Generalplan Ost“ beteiligt. Zwischen ihm und Himmler existierte eine gewisse Konkurrenzsituation, die der „Reichsführer-SS“ allerdings zu seinen Gunsten entscheiden konnte.<sup>44</sup>

Ein entscheidender Aspekt, der bei vielen bürgerlichen Autoren unterbelichtet wird, darf an dieser Stelle nicht unberücksichtigt bleiben: Die wirtschaftliche Ausplünderung der UdSSR durch große Konzerne und die bereits von ihnen schriftlich fixierten Kriegszielprogramme, die sich auch auf die Zeit nach der als sicher geltenden Niederlage der Sowjetunion bezogen.<sup>45</sup> Eine wesentliche Rolle spielten auch neu entstandene Unternehmen, die eigens für die Ausplünderung der UdSSR geschaffen wurden. Diese „neuartigen Konzerngebilde“ (Dietrich Eichholtz), deren Leitungs- und Aufsichtsgremien sich oft aus Repräsentanten der Industrie, des Staatsapparates und des Militärs rekrutierten, spielten eine entscheidende Rolle bei der Ausplünderung der UdSSR. Bei ihren Eigentümern handelte es sich zumeist um Großunternehmen. Wir möchten als ein besonders anschauliches Beispiel die Kontinentale Öl AG („Konti Öl“) anführen.<sup>46</sup> Am 27. März 1941, ein Vierteljahr vor Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion, wurde dieses Unternehmen in Berlin gegründet. Die Liste der Aktionäre war eindrucksvoll: u.a.

---

<sup>44</sup> Siehe Rolf-Dieter Müller: Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS, Frankfurt a.M. 1991, S.97ff.; Ernst Piper: Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005, S.531ff.

<sup>45</sup> Zu dieser Thematik existiert eine Fülle von Dokumentationen und Studien von Historikern der DDR, z.B. von Dietrich Eichholtz, Gerhart Hass, Hans Radandt und Wolfgang Schumann. Eine Bibliographie dieser Arbeiten, die aus nahe liegenden Gründen nach 1989/90 der Vergessenheit anheim fielen, wäre dringend vonnöten.

<sup>46</sup> Das Folgende nach: Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft. Bd.II: 1941-1943, Berlin 1985, S.407ff. u. 478ff.; derselbe, Kriegsziele in der UdSSR, S.33f. u. 36f.



IG Farbenindustrie AG, Deutsche Bank, Dresdner Bank, Preussag, Wintershall AG. Dem Aufsichtsrat gehörten u.a. an: Reichswirtschaftsminister Walther Funk als Vorsitzender, Staatssekretär Wilhelm Keppler (Auswärtiges Amt), Carl Krauch und Heinrich Bütefisch (Vorstand IG Farben), August Rosterg (Aufsichtsratsvorsitzender Wintershall AG), Hermann Josef Abs (Direktor der Deutschen Bank) und der Chef des Wehrwirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW, General der Infanterie Georg Thomas.<sup>47</sup> Der Sinn, der dieser Unternehmensgründung zugrunde lag, erhellte sich schlaglichtartig nach dem Überfall auf die Sowjetunion. Die „Konti Öl“ bekam das exklusive Recht zuerkannt, die Förderung und die Verarbeitung, den Transport und den Handel von Mineralölzeugnissen aus den eroberten Gebieten der UdSSR zu betreiben. Dieses Monopol war auf 99 Jahre datiert! Die Bedeutung des Erdöls als des entscheidenden strategischen Rohstoffs in einem mit moderner Militärtechnik geführten Kriege lag offen zu Tage. In der so genannten Grünen Mappe, den im Juni 1941 unter der Federführung von Hermann Göring formulierten Richtlinien für die wirtschaftliche Ausbeutung der UdSSR, hieß es daher auch unmissverständlich: „Die Ausnutzung der neu zu besetzenden Gebiete hat sich in erster Linie auf den Gebieten der Ernährungs- und der Mineralölwirtschaft zu vollziehen. So viel wie möglich Lebensmittel und Mineralöl für Deutschland zu gewinnen, ist das wirtschaftliche Hauptziel der Aktion.“<sup>48</sup> Die „Konti Öl“ nahm die hier gestellte Aufgabe sogleich in Angriff. Sie bildete binnen kurzem mehrere Tochtergesellschaften. Der im August 1941 gegründeten Ost Öl GmbH war die Aufgabe zugewiesen worden, die kaukasischen Erdölvorkommen auszubeuten, deren Potenzial auf 28 Millionen Tonnen geschätzt wurde. Insgesamt mehr als 80 Millionen Reichsmark wurden in Fahrzeuge, modernste Bohrtechnik sowie andere Gerätschaften mit Hilfe von Bankkrediten investiert. Ungeachtet des stockenden Vormarsches der faschistischen Wehrmacht bereitete die Conti Öl die Inbesitznahme der Erdölfördergebiete im Kaukasus vor. Ein eigenständiges „Mineralölkommando Kaukasus“ wurde gebildet, der Bau einer Pipeline konzipiert. Bald waren jedoch alle Hoffnungen begraben, schnell in den Besitz der avisierten Ölvorkommen zu gelangen. Als die Wehrmacht im Sommer 1942 eine erneute Offensive startete und dabei Baku zu erreichen hoffte, war die „Konti Öl“ geradezu euphorisch. Jetzt phantasierte Hermann Göring gegenüber den verantwortlichen Ölmanagern sogar von der bevorstehenden Eroberung der irakischen Erdölfelder von Kirkuk und Mosul. Am Ende stand die Flucht der faschistischen Truppen

---

<sup>47</sup> Es sei am Rande bemerkt, dass die Herren Funk, Keppler und Rosterg am Ende der Weimarer Republik eine bedeutende Rolle bei der Vorbereitung der Installierung eines faschistischen Regimes gespielt hatten, indem sie systematisch unter den Herren der Industrie und der Banken für ein Kabinett unter Führung Hitlers geworben hatten. Rosterg war 1932/33 in Personalunion Generaldirektor des Deutschen Kali-Syndikats; Keppler Vorsitzender eines Industriellen-Gremiums, das Hitler persönlich vor der Machtübertragung beriet; Funk war als ehemaliger Chefredakteur der Berliner Börsen-Zeitung Leiter des Wirtschaftspolitischen Amtes in der Parteizentrale der NSDAP in München und Vertrauensmann der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie bei Hitler.

<sup>48</sup> Fall Barbarossa, Nr.112, S.365. Die „Grüne Mappe“ ist in dieser Quellenedition vollständig abgedruckt.

im Januar 1943 aus dem im Vorjahr eroberten Ölgebiet um Maikop. Nur einen Monat später wurde der „Ostölplan“ schließlich zu den Akten gelegt. Es war jetzt offenkundig, „dass der jahrzehntelang gehegte und nie aufgegebene Wunschtraum des deutschen Finanzkapitals zerschellt war, auf den Erdölquellen des Kaukasus ein Ölimperium als Fundament für sein Weltmacht- und Weltherrschaftsstreben zu gründen.“<sup>49</sup>

Wenn auch diese Zielstellung ebenso wenig realisiert werden konnte wie die auf unabsehbare Zeit geplante Ausplünderung aller relevanten wirtschaftlichen Ressourcen der UdSSR, so waren die von den Faschisten verursachten Schäden und Zerstörungen, die von der Wehrmacht, der SS und deutschen Konzernen angerichtet worden waren, unermesslich groß. Sie erschwerten auch beträchtlich die Rekonstruktion der sowjetischen Volkswirtschaft nach dem Sieg der Roten Armee.

### **Die Hybris des deutschen Faschismus**

Nach den „Blitzkriegen“, die von der Wehrmacht“ 1939/40 geführt worden waren und die in ihrem Ergebnis zu schnellen Erfolgen geführt hatten, ging den Faschisten die Fähigkeit für eine realistische Einschätzung ihrer eigenen Potenziale im Vergleich mit denen der Sowjetunion endgültig verloren. Der Krieg gegen den ersten sozialistischen Staat – so lautete die weit verbreitete Auffassung – werde wie die Feldzüge 1939 gegen Polen oder 1940 gegen Frankreich schnell und siegreich beendet werden. Zum Teil überboten sich Hitler, Goebbels und führende Militärs bei der Prognose über den voraussichtlichen Termin eines militärischen und politischen Zusammenbruchs der UdSSR.

Bereits am 23. November 1939 hatte Hitler vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht erklärt: „Russland ist zur Zeit ungefährlich. (...) Tatsache ist, dass zurzeit die russische Wehrmacht geringen Wert hat. Für die nächsten ein oder zwei Jahre wird der jetzige Zustand bestehen bleiben.“<sup>50</sup> Bereits wenige Monate zuvor hatte er in einer längeren Ansprache vor dem gleichen Personenkreis seiner Überzeugung Ausdruck verliehen, dass Stalin sich bewusst sei, „dass es mit seinem Regime zu Ende ist...“<sup>51</sup>

Reichspropagandaminister Joseph Goebbels notierte wenige Tage vor dem Beginn des Überfalls geradezu euphorisch in sein Tagebuch: „Der Aktion ist geographisch keine Grenze gesetzt. Es wird so lange gekämpft, bis keine russische Heeresmacht mehr existiert. (...) Ich schätze die Kampfkraft der Russen sehr niedrig ein, noch niedriger als der Führer. Wenn eine Aktion sicher war und ist, dann diese.“<sup>52</sup>

Der anfängliche Vormarsch der Wehrmacht schien allen Phantasien Nahrung zu geben, denen zufolge ein erneuter „Blitzkrieg“ bevorstünde. Der Generalstabschef des Heeres, Generaloberst Franz Halder, notierte am 3. Juli 1941 in sein Tagebuch, so als sei der Sieg

---

<sup>49</sup> Dietrich Eichholtz: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, S.490.

<sup>50</sup> IMT, Bd.26, Nürnberg 1947, Dok.789-PS, S.331.

<sup>51</sup> Ebenda, Dok.798-PS, S.343. Die Ansprache erfolgte am 22. August 1939.

<sup>52</sup> Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Hrsg. von Elke Fröhlich, Teil I, Bd.9, München 1998, S.378. Eintragung vom 16.6.1941.

über die Rote Armee bereits vollzogen: „Es ist wohl nicht zu viel gesagt, wenn ich behaupte, dass der Feldzug gegen Russland innerhalb 14 Tagen gewonnen wurde.“<sup>53</sup> Einen Monat später, am 4. August 1941, besuchte Hitler das Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte in Borissow. Auf seine Frage: „Wann werden denn die Truppen in Moskau sein?“, antwortete Generalfeldmarschall Fedor von Bock und Polach prahlerisch: „Ende August!“<sup>54</sup> Auch unter der von den Goebbelsschen Medien seit Jahren antikommunistisch und antisowjetisch aufgehetzten Bevölkerung machte sich Siegesstimmung breit. Der SD meldete in seinen geheimen „Meldungen aus dem Reich“ vom 23. Juni 1941: „Vielfach werden schon Erörterungen darüber angestellt, wie lange der Krieg mit Russland dauere. Die Mutmaßungen gehen bisher nicht über 3 Monate hinaus.“<sup>55</sup>

Doch schon nach kurzer Zeit erfuhren die Soldaten an der Front, dass die Kämpfe gegen die Rote Armee nicht mit den früheren Feldzügen zu vergleichen waren. Bereits in den ersten Kriegswochen musste der hartnäckige Widerstand der sowjetischen Soldaten registriert werden, bald auch die immer bessere Organisation und Koordination bei der Truppenführung, schließlich die Einführung von ebenbürtigen, ja zum Teil überlegenen Waffensystemen. Nur mit der Inkaufnahme von schwersten Verlusten war es der faschistischen Armee möglich, bis zum November/Dezember 1941 weit ins Innere des Landes vorzustoßen. Auskunft über die große Opferbereitschaft der sowjetischen Rotarmisten geben auch hier die Notizen von Frontkommandeuren, deren Hoffnungen auf einen „Blitzkrieg“ sich bald als eine Schimäre herausstellten.

Wir beziehen uns im Folgenden auf die Tagebucheinträge und Privatbriefe des Kommandierenden Generals des XXXXIII. Armeekorps, General der Infanterie Gotthard Heinrici. Am 22. Juni 1941, dem Tag des Überfalls, schrieb er an seine Familie: „Die Erkenntnis des Tages ist die, dass uns nur ein schwacher und nicht gefechtsbereiter Feind gegenübersteht. Die russische Armee ist buchstäblich aus ihren Betten herausgeschossen worden. So wurde überhaupt noch nie eine überrascht, alle lagen im Quartier und schliefen und mussten fast im Hemde heraus.“ Zwei Tage später, wiederum an seine Familie gerichtet, lesen wir: „In drei Tagen haben wir den Weg vom Bug bis zum Nordostrand des Forstes Bialowieza durchmessen. Die Vorausabteilungen sind weit darüber vor. Es ist eine ungeheuere Leistung. (...) Die Divisionen haben Ausdehnungen in der Tiefe bis 100 km.“ Am 11. Juli berichtet er seiner Frau in einem Privatbrief stolz, eines seiner Regimenter sei an einem Tage 54, ein anderes sei 47 km gelaufen. Am 18. August teilte er seiner Familie angesichts des anhaltenden Vormarsches der Nazi-Wehrmacht seine Überzeugung mit: „Es kriselt drüben stark. Der Zusammenbruch

---

<sup>53</sup> Generaloberst Halder: Kriegstagebuch. Bd.III: Der Russlandfeldzug bis zum Marsch auf Stalingrad. Bearbeitete von Hans-Adolf Jacobsen, Stuttgart 1964, S.38. Hervorhebung von mir-R.Z.

<sup>54</sup> Zitiert nach Lew Besymenski: Die Schlacht um Moskau 1941, Köln 1981, S.78.

<sup>55</sup> Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Hrsg. u. eingeleitet von Heinz Boberach, Bd.7, S.2428.

beginnt sich anzubahnen.“<sup>56</sup> Für Generaloberst Halder war der Zusammenbruch bereits beschlossene Sache und der Anlass darüber nachzudenken, wie der Feldzug nach der prognostizierten Niederlage der Roten Armee weiter vorangetrieben werden sollte. Am 3. Juli 1941 schrieb er hierzu in sein Kriegstagebuch: „Sobald die Kriegführung im Osten aus dem Bereich der Zertrümmerung der feindlichen Wehrmacht in den Bereich der wirtschaftlichen Lahmlegung des Feindes übergeht, werden die weiteren Aufgaben der Kriegführung gegen England wieder in den Vordergrund treten und eingeleitet werden müssen: Vorbereitung der Offensive gegen die Landbrücke zwischen Nil und Euphrat sowohl von der Seite der Cyrenaika her als auch über Anatolien und vielleicht auch aus dem Kaukasus gegen Iran. (...) Die Operation durch Anatolien gegen Syrien, ggf. mit einer Nebenoperation aus dem Kaukasus“ würden es erforderlich machen, „politischen Druck auf die Türkei“ auszuüben, „um den Durchmarsch zu erzwingen.“<sup>57</sup>

Doch je länger der Angriffskrieg gegen die UdSSR andauerte, desto mehr musste von der politischen und militärischen Führung konzediert werden, dass die Widerstandskraft und die Ressourcen des Landes und ihrer Armee aufs Größlichste unterschätzt worden waren. In wachsendem Maße finden sich in den Aufzeichnungen und Briefen von der Front sowie in den Dokumenten der militärischen Führungsstäbe geradezu anerkennende Passagen über die Kampfkraft der sowjetischen Soldaten, ihren offenkundigen Rückhalt in der Bevölkerung und zugleich Eingeständnisse über die eigenen Verluste, die bei weitem die in den Feldzügen zuvor erlittenen Verluste übertreffen. Der schnelle Vormarsch in die räumliche Tiefe, so musste man folgern, habe aus einer Folge von Pyrrhus-Siegen bestanden. Auch hier soll zunächst General Heinrici zu Wort kommen. Zeitgleich mit seiner immer wieder geäußerten Überzeugung, dass ein Sieg der faschistischen Wehrmacht bevorstünde, lesen wir Notizen, in denen er festhält, die Rote Armee falsch eingeschätzt zu haben. In einem Brief an seine Frau vom 22. Juli musste er eingestehen: „Alle Feldzüge waren bisher ein Kinderspiel gegen die augenblicklichen Kämpfe.“ Und acht Tage später vertraute er seinem Tagebuch die Erkenntnis an: „Insgesamt kämpft der Russe mit fanatischer Zähigkeit.“ Als Ursache für den Widerstandswillen der sowjetischen Soldaten machte er anfangs ihre Furcht verantwortlich, von den „Kommissaren“ erschossen zu werden. Doch schon allmählich begann er an dieser Erklärung, die von der Nazi-Propaganda verbreitet wurde, zu zweifeln. Und er artikulierte erste Zweifel an einen schnellen Sieg der Wehrmacht, ja an der Sinnhaftigkeit des Aggressionskrieges gegen die UdSSR. Am 23. August und am 1. September 1941 schrieb er seiner Frau: „Nachdem wir die Russen so unerwartet überfallen haben mit dem Krieg, kann man sich auch vorstellen, dass viele, auch ihm nicht gleichdenkende, aus Vaterlandsliebe aufs Stalins Seite treten. (...) Der Krieg hier kommt uns sehr teuer. Ob er

---

<sup>56</sup> Johannes Hürter, Hrsg.; Notizen aus dem Vernichtungskrieg. Die Ostfront 1941/42 in den Aufzeichnungen des Generals Heinrici, Darmstadt 2016, S.43, 44, 48 u. 58.

<sup>57</sup> Generaloberst Halder: Kriegstagebuch, S.39.

wirklich nötig war?“ Und: „Ich bin überzeugt, dass dieser Krieg noch lange dauert.“ Am 1. November notierte er schließlich in sein Tagebuch: „Unsere Situation beginnt katastrophal zu werden.“ Und am 20. Dezember, die Offensive der Roten Armee vor Moskau hatte auch Heinrichs Armeekorps weit zurückgeworfen, vertraute er seiner Frau die folgende Analyse an: „Man hat den Russen völlig unterschätzt. (...) Der Rückzug in Schnee und Eis ist absolut napoleonischer Art. Die Verluste sind ähnlich. Die Apathie der Leute steigt. Der Zustand der Truppe ist nur noch als bejammernswert zu bezeichnen. (...) Wenn ich dies alles erlebe und die letzten Jahre überdenke, muss ich an den Spruch denken: ‚Irret Euch nicht, Gott lässt sich nicht verspotten!‘ Von der höchsten Höhe geht es ins Nichts.“<sup>58</sup>

Die „Wende vor Moskau“ hatte bei General Heinrich zwar endgültig Anflüge realistischen Denkens über den Krieg gegen die Sowjetunion und die Kraft des Landes, die sich in der Roten Armee manifestierte, hervorgerufen. Aber er „opponierte“ nur in Privatbriefen und Tagebucheinträgen. Wie fast alle seine Standesgenossen zog er keinerlei Konsequenzen aus seinen Erkenntnissen, sondern organisierte als Truppenkommandeur den verbrecherischen Krieg der Wehrmacht bis zum bitteren Ende.

### **Das „Unternehmen Barbarossa“ und der deutsche Imperialismus**

Kehren wir an den Ausgangspunkt unserer Überlegungen zurück: Inwieweit ordnet sich der Überfall des deutschen Faschismus auf die Sowjetunion in das Kontinuum der Geschichte des deutschen Imperialismus ein. Wo gibt es Kontinuitäten, wo Diskontinuitäten? Und welchen Charakter hatte dieser Aggressionskrieg?

**Erstens** handelte es sich beim „Unternehmen Barbarossa“ um einen Krieg neuen Typs. Der deutsche Imperialismus überwand sämtliche zivilisatorische Schranken. Das Ziel bestand in der dauerhaften Vernichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und aller derer, die in irgendeiner Weise Funktionsträger des Sowjetstaates waren. Die „soziale Revanche“ wurde mit beispiellosen eliminatorischen Mitteln durchgesetzt. Sie verband sich mit der Planung, viele Millionen Menschen, unabhängig von ihrer politischen Überzeugung, umzubringen oder als Sklavenarbeiter zu behandeln. Ihnen wurde als vermeintliche „Untermenschen“ das Recht auf Leben und Menschenwürde aberkannt. Nachdem die Faschisten mit Hilfe einer pseudo-wissenschaftlichen „Rassenlehre“ den „Nachweis“ geführt hatten, dass es sich bei ihnen angeblich nicht um menschliche Wesen handelte, konnten sie massenhaft und straflos dem Hungertod, den Erschießungskommandos der SS und der Willkür der Wehrmacht ausgesetzt werden. Ideologiegeschichtlich existierten manche Verbindungslinien zur Russophobie vergangener Jahrzehnte, die der faschistischen Völkermordpraxis vorgearbeitet hatte.

---

<sup>58</sup> Die vorstehenden Zitate nach Johannes Hürter, Hrsg.: Notizen aus dem Vernichtungskrieg, S.51, 52, 59, 84 u.120ff.

**Zweitens** ging es darum, das im Ersten Weltkrieg unerledigte Ziel eines „Griffs nach der Weltmacht“ durchzusetzen. Für seine Realisierung waren die Verfügung über die in der Sowjetunion vorhandenen reichen Bodenschätze, vor allem den strategischen Rohstoff Öl, sowie die agrarwirtschaftlichen Ressourcen eine unabdingbare Voraussetzung. Darüber hinaus war der Süden des Landes die „Brücke“ nach dem Nahen und Mittleren Osten, um die britische Herrschaft von Nordafrika bis nach Indien angreifen zu können. Derartige Weltmachtphantasien waren bereits in vielen Kriegszielplanungen der Reichsleitung und kapitalistischer Interessenverbände sowie von Großkonzernen seit dem August 1914 formuliert worden, als der erste „Griff nach der Weltmacht“ konzipiert wurde.

**Drittens** existierten bei der Realisierung der ökonomischen Ausplünderung der UdSSR vielfältige Formen gemeinsamer Planung und Zusammenarbeit zwischen der politischen und militärischen Führung sowie den Repräsentanten großer Unternehmen in Form bereits existierender oder neu geschaffener Gremien und Körperschaften. Die Kontinentale Öl AG ist ein Musterbeispiel für diesen Sachverhalt. Auch hier konnte an Erfahrungen angeknüpft werden, die im Ersten Weltkrieg, z.B. mit dem Waffen- und Munitionsbeschaffungamt oder der ökonomischen Ausbeutung im besetzten Belgien und in Russland, gewonnen werden konnten.

**Viertens** wurde in der Sowjetunion der Holocaust vorangetrieben. Noch bevor die Todesfabriken in Auschwitz und anderswo seit den Sommermonaten 1942 damit begannen, mit Hilfe des von den IG Farben hergestellten Giftgases Zyklon B jüdische Männer, Frauen und Kinder umzubringen, wurden auf dem Territorium der UdSSR Hunderttausende Juden Opfer vor allem von Massenerschießungen durch die Einsatzgruppen des SD.

**Fünftens** stellt sich die Frage nach der Kontinuität bzw. Diskontinuität auch hinsichtlich der militärischen Eliten, besonders der Befehlshaber der großen Truppenkörper, die den Angriff auf die Sowjetunion anführten. Hierbei wird bei näherer Betrachtung deutlich, dass es sich bei fast allen Generälen und Generalfeldmarschällen um Offiziere handelte, die ihre weltanschauliche Prägung in der Zeit des Kaiserreiches erhalten hatten, wo sie als junge Offiziere bereits wichtige Erfahrungen in höheren Stäben sammeln konnten. Nicht wenige stammten aus alten Adelsfamilien, wie z.B. die Oberbefehlshaber der drei Heeresgruppen. Generalfeldmarschall Fedor von Bock und Polach, Sohn eines Generals, hatte im exklusiven 5. Garderegiment zu Fuß gedient und während des 1. Weltkrieges als Erster Generalstabsoffizier im Gardekorps und in der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz wichtige Funktionen inne gehabt. Auch Generalfeldmarschall Gerd von Rundstedt hatte einen General zum Vater, war Zögling der Hauptkadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde und hatte im Großen Generalstab und als militärischer Berater in der Türkei gedient. Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb stammte aus einer bayerischen Offiziersfamilie, hatte zur gleichen Zeit wie von Rundstedt im Großen Generalstab gedient

und war im Ersten Weltkrieg im Stab der Heeresgruppe Kronprinz Ruprecht tätig. Die militärische Elite hatte ebenso wenig unüberwindbare Probleme mit dem Faschismus wie die Eliten in den Großkonzernen und Banken, im Staatsapparat, in der Justiz, in der protestantischen Kirche und an den Hochschulen. Seine außenpolitischen Ziele hatten sie stets geteilt. Schließlich hatten sie auch wegen dieser Übereinstimmung dafür gesorgt, dass die Faschisten am 30. Januar 1933 an die Schalthebel der Macht gelangen konnten.

**Sechstens** bestand ein unbestreitbares Element der Diskontinuität im Aufbau eines speziellen Vernichtungsapparates in Form der SS und ihres Sicherheitsdienstes. Zwar wurden im Ersten Weltkrieg von der kaiserlichen Armee und ihrem österreichisch-ungarischen Bündnispartner bereits Gräueltaten, auch gegenüber der Zivilbevölkerung, in Belgien, auf dem Balkan, in Ober-Ost und in der Ukraine begangen, sie hatten jedoch weder das annähernde Ausmaß noch die Systematik des im Osten nach 1939 bzw. nach 1941 praktizierten Völkermordes.

Insofern handelte es sich beim faschistischen Krieg gegen die Sowjetunion, ungeachtet aller nicht zu leugnenden Kontinuitätslinien, die zum 22. Juni 1941 führten, um einen neuartigen, „rassentheoretisch“ verbrämten Raub- und Vernichtungskrieg, der letztlich dem deutschen Imperialismus – und damit vor allem den Großkonzernen und Banken – den „Platz an der Sonne“ beschern sollte, von denen in den Vorstandsetagen, Generalstäben und Kabinetten bürgerlicher Politiker seit über einem halben Jahrhundert geträumt worden war. Und dieses Eine hatten die ökonomisch und politisch Herrschenden im Kaiserreich und in der Zeit des Faschismus, ungeachtet aller sonstigen Unterschiede, gemeinsam: Ihre Unfähigkeit, die Kräfteverhältnisse in der Welt nüchtern und mit dem nötigen Realismus zu bilanzieren. Am Ende stand deshalb die totale Niederlage des 8. Mai 1945.